



Presseschau vom 07.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Joe Bessemer: Zensur wütet – Mainstream freut sich: "Prorussischer" Aktivist in Hamburg festgenommen

Die Festnahme eines Hamburger Aktivisten, der auf sozialen Netzen Inhalte teilte, in denen Unterstützung der russischen Operation in der Ukraine bekundet und erwiesen wurde, beleuchteten die deutschen Medien gewohnt einseitig. Zensur wird gefeiert, um inhaltliche Auseinandersetzung zu meiden. ...

<https://kurz.rt.com/345b> bzw. [hier](#)

Nebojša Malić: Nachrichtenagentur AP löscht den Jugoslawien-Krieg aus der Geschichte – Das Narrativ nicht gefährden

Das Narrativ, dass der Krieg in der Ukraine "der schlimmste Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg" sei, lässt den Westen den schrecklichen Krieg vergessen, der Europa vor nicht allzu langer Zeit erschütterte, um Russland für die Störung des angeblichen Friedens in Europa verantwortlich zu machen. ...

<https://kurz.rt.com/347w> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Wie die US-Macht schwindet: Über Zirkon und ihre Geschwister

Mit der Auslieferung der Zirkon-Raketen an die russische Marine ändert sich einiges für die Vereinigten Staaten. Denn die Technologie der Hyperschallraketen macht das wichtigste Mittel der US-amerikanischen Machtprojektion weitgehend wertlos. ...

<https://kurz.rt.com/33we> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Für Russland muss die Frage beantwortet werden, ob es den USA bei der Abrüstung vertrauen kann

Die USA verzichten weiterhin auf Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle. Warum also sollte Russland ausgerechnet Joe Bidens jüngsten Angeboten vertrauen? Washingtons Erfolgsbilanz bei der Einhaltung von vertraglichen Verpflichtungen ist nicht gerade herausragend. ...

<https://kurz.rt.com/34a8> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:58 de.rt.com: Russland warnt die Ukraine vor einer Wiederholung der Tschernobyl-Katastrophe

Moskau hat Kiew beschuldigt, Europas größtes Atomkraftwerk mit Artillerie beschossen zu haben. Anwohner fordern eine Schutzzone um das besetzte AKW. Es wurde Ende Februar unter russische Kontrolle gebracht, wird aber weiterhin von ukrainischem Personal betrieben. Russland hat die Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) aufgefordert, die Ukraine zu veranlassen, den Beschuss von Europas größtem Kernkraftwerk einzustellen. Moskau beschuldigt ukrainische Truppen, am vergangenen Freitag Artilleriegeschosse auf das Kernkraftwerk Saporoschskaja in der südlichen Region Saporischschja abgefeuert zu haben. Das Werk wurde Ende Februar von russischen Streitkräften eingenommen und gesichert, als Moskau seine militärische Sonderoperation im Nachbarland begann. Die Einrichtung wird weiterhin mit ukrainischem Personal, jedoch unter russischer Aufsicht betrieben.

Igor Wischnewetskij, ein hochrangiger Beamter für Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von nuklearem Material im russischen Außenministerium, warnte davor, dass der Beschuss der Anlage ein ähnliches Ereignis wie die Atomkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 auslösen könnte.

"Wir appellieren an internationale Organisationen, insbesondere an die UNO und die IAEA, sowie an jene Länder, die Einfluss auf das Kiewer Regime haben, dass sie aktiv werden, damit der Beschuss des Kernkraftwerks sofort eingestellt wird."

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sind Teile der Einrichtungen in der Anlage aufgrund des Beschusses außer Betrieb. Auch brach in der Anlage ein Feuer aus, das aber rasch gelöscht werden konnte. Das Ministerium betonte zudem, dass die ukrainischen Granaten "nur durch reines Glück" kein größeres Feuer und somit eine mögliche Atomkatastrophe verursacht hätten. Das Ministerium sagte ferner, dass ukrainische Truppen auch die benachbarte Stadt Energodar beschossen hätten, was zu Stromausfällen und Unterbrechungen in der Wasserversorgung geführt habe. Das Ministerium forderte die internationale Gemeinschaft auf, die Ukraine wegen "nuklearterroristischer Akte" zu verurteilen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij indes behauptete, der Beschuss der Anlage sei von russischen Truppen ausgegangen. "Das ist nicht nur ein weiterer Grund, warum Russland als staatlicher Sponsor des Terrorismus anerkannt werden sollte, sondern auch ein Grund, harte Sanktionen gegen die gesamte russische Atomindustrie zu verhängen", sagte Selenskij am Freitag. US-Außenminister Antony Blinken und ukrainische Beamte warfen Russland zudem vor, die Anlage als "Schutzschild" für seine Soldaten zu missbrauchen.

"Russland nutzt diese Anlage jetzt als Militärstützpunkt, um von dort aus die Ukrainer zu beschießen, im Wissen, dass man nicht zurückschießen könne und auch nicht wird, weil man versehentlich einen Reaktor oder hochradioaktiven Abfall im Lager treffen könnte", so Blinken am Montag vor einer UNO-Konferenz über die Nichtverbreitung von nuklearem Material in New York. Die russische Delegation auf der Konferenz veröffentlichte eine Erklärung, in der sie die Behauptung Blinkens zurückwies. "Die Aktionen unserer Streitkräfte schaden der nuklearen Sicherheit der Ukraine in keiner Weise und behindern den Betrieb der Anlage nicht." IAEA-Chef Rafael Grossi sagte am Dienstag gegenüber der Nachrichtenagentur AP, dass die Anlage auf nötig gewordene Reparaturen inspiziert werden müsse "um einen nuklearen Unfall" zu verhindern. Die Lage in Europas grösster Atomanlage sei "komplett ausser Kontrolle", erklärte er zudem, und veröffentlichte einen dringenden Aufruf an Russland und die Ukraine, Experten Zugang zum Atomkraftwerk zu ermöglichen. "Die Situation ist sehr fragil. Jeder Grundsatz der nuklearen Sicherheit wurde auf die eine oder andere Weise verletzt, und wir können nicht zulassen, dass dies so weitergeht", fügte Grossi hinzu.

Die Anwohner von Energodar, das sich in unmittelbarer Nähe des Kernkraftwerks befindet, haben derweil Angst, dass die Kämpfe in der Region zu einer Katastrophe führen könnten und fordern eine 20-Kilometer Schutzzone um das Kraftwerk herum. Sie riefen die ukrainischen und russischen Streitkräfte auf, von Kämpfen rund um das Kraftwerk abzusehen. Ein weiterer Angriff in der Region Saporischschja zielte am Freitag auf ein Getreidelager ab, dort sollen Raketen eingeschlagen haben. Mehr als 300 Tonnen gelagertes Getreide und Saatgut liegen jetzt unter Trümmern.

23:00 de.rt.com: **Medienbericht: Polen und Ungarn lehnen EU-Erdgasplan ab**

Laut einem Medienbericht lehnte neben Ungarn nun auch Polen den Erdgasplan der Europäischen Kommission, der die Reduzierung des Erdgasverbrauchs um 15 Prozent vorsieht, ab, nachdem Warschau den Plan ursprünglich begrüßt hatte.

Polen und Ungarn haben sich geweigert, den EU-Plan zur Senkung des Gasverbrauchs um 15 Prozent zu unterstützen, berichtete Reuters am Samstag unter Berufung auf ein von der

Tschechischen Republik, die derzeit den Vorsitz bei den Verhandlungen innerhalb des Staatenbündnisses führt, veröffentlichtes Dokument.

Die EU-Länder hatten sich in der vergangenen Woche auf einen Plan zur Reduzierung des Gasverbrauchs geeinigt, um die Gasspeicher zu füllen, da sie einen möglichen Lieferstopp Russlands befürchten. Der EU-Rat billigte den Plan am Freitag. Laut Reuters war für die Annahme des Plans jedoch nur eine einfache Mehrheit erforderlich, also die Unterstützung von 15 der 28 Mitglieder der Union.

Ungarn, das derzeit Gespräche über die Sicherung weiterer Gaslieferungen aus Russland führt, hatte sich von Anfang an gegen den Plan ausgesprochen. Laut dem von Reuters eingesehenen Dokument stellte Budapest die Rechtmäßigkeit des Plans in Frage und behauptete, dass dieser die Energiesicherheit des Landes beeinträchtigen würde.

Polen befürwortete zunächst eine Reduzierung des Verbrauchs, stimmte aber am Freitag gegen den Plan, wie die Agentur berichtet. Warschau bezeichnete die Rechtsgrundlage des Dokuments als "mangelhaft" und sagte, dass Entscheidungen, die den Energiemix der EU-Länder betreffen, mit einstimmiger Zustimmung aller Mitgliedstaaten getroffen werden sollten.

Der neu verabschiedete Rationierungsplan ist rechtlich nicht verbindlich, es sei denn, der EU-Rat löst einen "Unionsalarm" zur Gasversorgungssicherheit aus. Zudem ist eine Reihe von Ausnahmen vorgesehen. Insbesondere Mitgliedstaaten, die nicht an die Gasnetze anderer EU-Länder angeschlossen sind, werden von der Verpflichtung ausgenommen. Außerdem können die Mitglieder eine Lockerung der Bedingungen beantragen, wenn sie ihre Speicherkapazitätsziele überschritten haben oder wenn ihre strategisch wichtigen Industrien stark von Gas abhängig sind.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ee67b748fbef4b4d080cfe.jpeg>

vormittags:

7:01 de.rt.com: Schwerer Schlag für "Internationale Legion": Russische Luftstreitkräfte eliminieren Dutzende Söldner

Mehr als 80 ausländische Söldner der von Wladimir Selenskij ins Leben gerufenen "Internationalen Legion" und 470 ukrainische Soldaten wurden bei einem Luftangriff durch die russische Luftwaffe getötet, gab Moskau am Sonnabend bekannt.

Dutzende von ausländischen Kämpfern der ukrainischen "Internationalen Legion" seien bei einem Luftangriff im Südosten der Ukraine getötet worden, gab der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, am Sonnabend bekannt.

Konaschenkow, der seinen täglichen Lagebericht über den Fortschritt der Militäroperation abhielt, sagte, dass die russische Luftwaffe einen "Angriff mit hochpräzisen Waffen" auf einen Stützpunkt der Internationalen Legion bei der Ortschaft Wywodowo im Gebiet Dnepropetrowsk durchgeführt habe. Dabei seien "mehr als 80 ausländische Söldner und 11

Einheiten Spezialausrüstung vernichtet worden", ergänzte der Militärsprecher. Kiews internationale Militäreinheit wurde Ende Februar auf Wunsch des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij gegründet und wird offiziell als Internationale Legion der Territorialverteidigung der Ukraine geführt. Während sich die Mitglieder der Legion als Soldaten der ukrainischen Streitkräfte betrachten, erklärte Konaschenkow zu einem früheren Zeitpunkt, dass "das Beste, was diese ausländischen Söldner erwarten können, eine lange Haftstrafe ist". Er erklärte auch, dass Hunderte von ausländischen Söldnern in der Ukraine "kurz nach ihrer Ankunft" durch russische Langstrecken-Präzisionswaffen getötet wurden, die meisten ausländischen Kämpfer aber "aufgrund eines geringen Ausbildungsniveaus und eines Mangels an echter Kampferfahrung" eliminiert wurden.

Im April schätzte das russische Militär die Zahl der ausländischen Kämpfer auf etwa 7.000, aber neuere Informationen deutet darauf hin, dass weniger als 3.000 in der Ukraine verblieben sind. Abgesehen von den Mitgliedern der Internationalen Legion, haben laut Konaschenkow russische Streitkräfte am Freitag mehr als 400 nationalistische Kämpfer der 46. mobilen Luftbrigade in der Nähe des Dorfes Belogorka in der Region Cherson eliminiert. Zudem seien über 70 Kämpfer in drei anderen Dörfern in der Region Cherson getötet und etwa 150 verletzt worden.

In Bezug auf die eigenen Opfer hat Moskau die Zahlen seit März nicht aktualisiert, die damals bei 1.351 gefallenen und 3.825 verwundeten Militärangehörigen lagen. Selenskij selber hat eingeräumt, dass die Streitkräfte seines Landes schwere Verluste erleiden.

Im Juli verkündete er, dass Kiew jeden Tag etwa 30 Soldaten im Kampf verliere, was deutlich weniger sei als im Mai und im Juni, als die Zahl der Verluste bei etwa 100 bis 200 Soldaten pro Tag lag.

Erst vor wenigen Tagen äußerte sich Selenskij in einer Videobotschaft zum Verlauf der Kämpfe. "In der Tat können wir den Vorteil der russischen Armee in Bezug auf Artillerie und Mannschaftsstärke immer noch nicht vollständig brechen", sagte er. Dies sei in den Kämpfen um Peski, Awdejewka und andere Orte im Donbass deutlich zu spüren. "Es ist einfach die Hölle."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62eeabeb48fbef483700ae51.jpg>

7:39 de.rt.com: **Russland fordert USA zum Verzicht auf Stationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen auf**

Russland fordert die USA und ihre Verbündeten auf, sich dazu zu verpflichten, als Vorreiter auf die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen zu verzichten. Dies könne ein gefährliches neues nukleares Wettrüsten verhindern, so die Vertreter des Landes.

Russland fordert die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten auf, sich dazu zu verpflichten, als Vorreiter auf die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen zu verzichten. Das sagte der Stellvertreter des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation beim UN-Büro in

Genf, Andrei Belousow, in seiner Rede auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags (Atomwaffensperrvertrag). Der Nachrichtenagentur TASS zufolge erklärte er:

"Um ein neues zerstörerisches nukleares Wettrüsten zu verhindern, hat sich Russland unilateral verpflichtet, als erstes Land keine Systeme, die unter den Vertrag über die Abschaffung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen fallen, in Regionen zu stationieren, in denen solche von den USA hergestellten Waffen nicht stationiert werden. Wir fordern die USA und ihre Verbündeten auf, ähnliche Verpflichtungen einzugehen."

In Russland gebe es keine landgestützten Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen, so der Vertreter des Landes. "Wir erklären verantwortungsbewusst: Russland verfügte und verfügt nicht über landgestützte Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen. Wer etwas anderes behauptet, will bewusst ein falsches Bild zeichnen und die wahren Verantwortlichen für das Scheitern des Vertrags über Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen verschleiern", sagte Belousow.

Die diesjährige Konferenz des Nichtverbreitungsvertrags findet vom 1. bis 26. August bei den Vereinten Nationen in New York statt. Die Veranstaltung wird in der Regel alle fünf Jahre abgehalten, aber die für das Jahr 2020 geplante Konferenz wurde aufgrund der damals geltenden COVID-Beschränkungen verschoben.

Laut UN-Generalsekretär António Guterres findet die diesjährige Konferenz zu einem entscheidenden Zeitpunkt statt, da die Menschheit an einem Scheideweg steht und die globale Sicherheit bedroht ist. "Dies ist der höchste Spannungsgrad in der Geschichte unserer Generation", sagte der UN-Chef, "und all dies geschieht zu einer Zeit, in der die nukleare Bedrohung den höchsten Stand seit dem Ende des Kalten Krieges erreicht hat".

Er mahnte:

"Die dunklen Wolken, die sich mit dem Ende des Kalten Krieges auflösten, haben sich wieder über uns gelegt. Wir haben bisher Glück gehabt, aber Glück ist keine Strategie. Es wird uns nicht vor geopolitischen Spannungen schützen, die zu einem Atomkrieg zu eskalieren drohen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ee65d5b480cc760a1fcf57.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 7.8.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 45 Mann;
- 9 Schützenpanzerwagen;
- 4 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt die Beschüsse von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort. Diese Objekte sind keine militärischen und werden von der Volksmiliz nicht verwendet.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Altschewsk unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Produktion M142 HIMARS beschossen** und eine Rakete abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde ein Mehrparteienwohnhaus beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Während des 6. August haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Muratowo und Bobrowo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Vertreter der Volksfront haben mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR Lebensmittelpakete für Einwohner von Sewerodonezk und Baumaterialien für den Wiederaufbau von Borowskoje geliefert.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 7.8.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **312 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 2 Zivilisten und 7 wurden verletzt**. 25 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und 2 Panzerfahrzeuge. 3 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka, Nowgorodskoje und Dylejewka wurden beseitigt.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

nachmittags:

13:25 de.rt.com: **Russische Reporterin im Kosovo festgenommen – angeblich zum Austausch gegen US-Bürger**

In der Nacht zum 7. August wurde bekannt, dass die russische Journalistin Daria Aslamowa im Kosovo inhaftiert worden war. Die kosovarischen Behörden beschuldigten sie der Spionage. Kurz darauf wurde sie dann doch freigelassen und des Landes verwiesen.

Die russische Zeitung Komsomolskaja Prawda berichtete, dass ihre Kriegsberichterstatterin Daria Aslamowa in der Nacht zum 7. August an der Grenze zum Kosovo festgenommen wurde. Ihr wurde vorgeworfen, am Krieg in der Ukraine beteiligt gewesen zu sein und für den russischen Geheimdienst zu arbeiten.

Wie die Zeitung Kommersant mitteilte, erklärte der Innenminister des Kosovo Xhelal Sveçla

auf seiner Facebook-Seite kurz nach der Verhaftung der Journalistin:

"Daria Aslamowa wurde heute an einem Grenzübergang im Norden festgenommen. Mehrere Länder haben bewiesen, dass sie für den russischen Militärgesellschaftssendienst spionierte und verdeckt als Journalistin tätig war. Sie war auch an Kampfhandlungen in der Ukraine beteiligt und förderte die Besetzung der Ukraine durch Russland."

Welche Länder Beweise für die Beteiligung der Journalistin an Spionagetätigkeiten hätten, wurde nicht angegeben – es wurden auch keine Beweise dafür vorgelegt.

Eine ehemalige Botschafterin des international nicht anerkannten Kosovo in den USA, Vlora Çitaku, äußerte sich ebenfalls in den sozialen Medien, wie Life.ru berichtete. Sie schrieb:

"Daria Aslamowa wurde heute beim Versuch, die Grenze von Serbien in den Kosovo zu überqueren, festgenommen. Sie ist eine Putin-Apologetin und eine russische Propagandistin. Man muss kein Geheimdienstoffizier sein, um den Zweck ihrer 'Reise' zu verstehen.

Aslamowa befindet sich jetzt im Gewahrsam der kosovarischen Behörden."

Am Morgen berichtete die Zeitung Komsomolskaja Prawda, dass die Journalistin sich gemeldet habe. Ihr zufolge wurde sie von den kosovarischen Behörden doch wieder freigelassen. Daraufhin fuhr sie auf eigene Faust mit dem Bus zur Grenze nach Serbien.

"Ich erreichte die Grenze um vier Uhr morgens. Die serbischen Grenzbeamten haben mich auch verhört. Sie wollten wissen, warum ich keinen Deportationsstempel habe", sagte Aslamowa gegenüber Komsomolskaja Prawda.

Nach Angaben der Zeitung berichtete Aslamowa, ihr sei nach ihrer Festnahme im Kosovo gesagt worden, sie könne gegen US-Amerikaner ausgetauscht oder an die Ukraine ausgeliefert werden. Die Zeitung schreibt:

"Das Verhör dauerte viele Stunden. Daria wurde gefragt, ob sie den russischen Außenminister Sergei Lawrow getroffen habe, warum sie aus Moldawien abgeschoben wurde, ob sie in der Ukraine gearbeitet habe und ob sie Marine Le Pen gesehen habe. Die Journalistin wurde auch ständig mit Fragen zu der Spezialoperation Russlands in der Ukraine konfrontiert und gefragt, wer gewinnen würde. Daria antwortete unmissverständlich, die russische Armee würde gewinnen."

"Während des Verhörs durfte Aslamowa ihren Platz mehrere Stunden lang nicht verlassen.

Die wichtigste Frage war, ob die Journalistin für die russischen Geheimdienste arbeite. Daria antwortete, dass sie das nicht tue."

Aslamowa ist als Kriegsberichterstatterin bekannt. Nach Angaben der Komsomolskaja Prawda besuchte sie bereits nahezu "alle Krisengebiete der Welt": Tschetschenien, Berg-Karabach, Abchasien, Ossetien, Tadschikistan, Jugoslawien, Ägypten, Afghanistan, Ruanda, Mali, Kambodscha, Syrien, Kurdistan. Im Jahr 2003 gelang es ihr als einzige Journalistin, Saddam Hussein zu interviewen. Anfang des Jahres 2011 wurde Daria während einer Geschäftsreise nach Ägypten viermal verhaftet.

Wie die Komsomolskaja Prawda weiter erklärte, sei die Journalistin im Auftrag dieser Zeitung in Serbien gewesen – sie sollte einen Sonderbericht zur Eskalation des Konflikts zwischen Serbien und dem Kosovo erstellen. Einer der Schwerpunkte seien die orthodoxen Klöster im Kosovo in diesem Konflikt gewesen, so die Zeitung.

Neue Entwicklungen:

Heute Nachmittag meldet die dpa die Behörden des Kosovos haben die kremlnahe russische Journalistin Darja Aslamowa des Landes verwiesen. Zitiert wird der Innenminister Xhelal Svecla, der auf seiner Facebook-Seite [schrieb](#), er habe Aslamowa zu einer unerwünschten Person erklärt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ef76e4b480cc63a06c4e8e.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 7. August 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 57 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

Spezialisten haben in Mariupol an mehreren Kommunikationsobjekten neue Ausrüstung montiert und in Betrieb genommen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 17 Hektar Territorium und 3500 Quadratmeter Gebäude untersucht und 615 explosive Objekte entschärft. In Mariupol und Swetlodarsk wurden 3760 humanitäre Pakete an die Bevölkerung ausgegeben:

- 1800 Lebensmittelpakete;
- 1800 Hygienepakete;
- 160 Kinderpakete.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

abends:

18:14 de.rt.com: **Bundesnetzagentur: Menschen müssen noch viel mehr Energie sparen**

Das Gas wird im Winter knapp werden. Selbst im besten Fall müsse man ordentlich Energie sparen, warnt Bundesnetzagentur-Chef Müller. Protest gegen diese "Politik der sozialen Kälte" der Bundesregierung hat bereits Linken-Chef Martin Schirdewan angekündigt - der Herbst werde "heiß".

Die Menschen in Deutschland sollen aus Sicht der Bundesnetzagentur deutlich mehr Energie sparen, um einen Gasmangel im Winter abzuwenden. Behördenchef Klaus Müller verriet, die

aktuelle Reduktion der russischen Gaslieferungen auf nur noch 20 Prozent der ursprünglichen Menge habe zur Folge, dass sich der Mangel nur noch in zwei Best-Case-Szenarien verhindern lasse. Müller sagte gegenüber der Welt am Sonntag:

"Für diese Szenarien müssen die Verbraucher aber mindestens 20 Prozent einsparen - also viel mehr als bislang. [...] In allen anderen Szenarien droht schon im Dezember eine Gasmangellage oder wir weisen am Ende der kommenden Heizperiode niedrige Speicherfüllstände auf."

Zusätzlich zu Einsparungen müssten auch die Durchleitungen von Gas an Nachbarländer um 20 Prozent reduziert werden. Daher benötige man 10 bis 15 Gigawattstunden Gas aus anderen Ländern. "Wenn wir nicht kräftig sparen und kein zusätzliches Gas bekommen, haben wir ein Problem", ergänzte Müller. Private Haushalte seien im Fall einer Gasmangellage nicht vor verordneten Einschränkungen geschützt. Denkbar sei auch, nur noch das Beheizen einzelner Räume zu erlauben. Er betonte:

"Ich will aber deutlich sagen: Um Arbeitsplätze zu sichern, halte ich Sparmaßnahmen für private Haushalte, solange sie nicht den geschützten, lebensnotwendigen Bereich berühren, für legitim."

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke schloss Müller nicht aus. Es gebe Herausforderungen, die Kohlekraftwerke mit Kohle zu versorgen, und eine besondere Situation in Frankreich, wo man auf deutschen Strom angewiesen ist. "Außerdem sehen wir mit Sorge, dass viele Menschen sich strombetriebene Heizlüfter kaufen", sagte Müller. Das sei "eine wahnsinnig teure Idee, weil es selbst bei den aktuell astronomisch hohen Gaspreisen noch 50 Prozent teurer ist, mit Strom zu heizen als mit Gas."

Mit Blick auf die nötigen Einsparungen fordern die Energiepolitiker der SPD-Bundestagsfraktion einen Energiegipfel im Kanzleramt und einen Energiesparpakt von Bürgern, Unternehmen und dem Staat. Nina Scheer, energiepolitische Sprecherin der Fraktion, meint:

"In einem Energiesparpakt gilt es, nun solidarisch so viel wie möglich Energie einzusparen." Fraktionsvize Matthias Miersch sagte dem Tagesspiegel, Kanzler Olaf Scholz (SPD) solle das Thema Energiesparen zur "Chefsache" machen.

Linke-Chef Martin Schirdewan kritisierte die "Verzichtsrhetorik" von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Er fragt in der Rheinischen Post:

"Der Energieverbrauch im Privaten reduziert sich doch auf Kochen, Duschen und Heizen. Wo sollen die Menschen sparen - bei der Körperhygiene, beim warmen Essen?"

Er betonte:

"Die Bundesregierung darf sich darauf einstellen, dass wir ihrer Politik der sozialen Kälte einen heißen Herbst des Protestes entgegenstellen werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62efc2beb480cc542c657d71.jpg>

06. Juli 2022, Rehden (Niedersachsen): Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, bei der Besichtigung des Gasspeichers Astora in Rehden

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 07.08.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 250 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ (geladen mit Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“), Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurde **ein Zivilist verletzt**. 6 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 5 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.